

Die Postkassen nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Perzentstraße Nr. 20. In Berlin 1. März. Die Postkassen nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Perzentstraße Nr. 20.

Das vierteljährliche Abonnement beträgt in Breslau 1 Rthl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rthl. 24 Sgr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonntag und Feiertage.

Breslauer Zeitung.



N^o. 163. Sonnabend den 14. Juni 1851.

**** Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.**
(Aufgegeben in Berlin um 2 Uhr 11 Min. Nachm., angekommen in Breslau um 2 Uhr 29 Min. Nachm.)
Breslau, 13. Juni. Der preussische Gesandte am Bundestage erklärte, dass Preußen die während seiner Abwesenheit, ohne seine Mitwirkung, gefassten Beschlüsse als Bundesbeschlüsse nicht betrachte.

Telegraphische Nachrichten.
Paris, 11. Juni, Abends 8 Uhr. In der Legislativen nichts von Bedeutung. Zahlreiche Petitionen für Revision sind eingegangen. Die Bureaus wählen eine Commission zur Prüfung des Antrages auf Verlängerung des Klubbgesetzes. Von den gewählten 15 Mitgliedern sind 11 für den Antrag. — Der Sohn Victor Hugo's ist wegen eines Artikels im „Générat" zu 6 Monat Gefängnis verurtheilt worden. — Das von Creton eingebrachte Revisionsprojekt will die Berufung einer unbefristeten Constituanten.

Paris, 11. Juni, Nachmittags 5 Uhr. 3proz. 55, 03. 5proz. 91, 60.
Hamburg, 12. Juni, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Weizen, Roggen, cubig, fest. Del. pr. Okt. 21 1/2.
London, 11. Juni, Nachmittags 5 Uhr 30 Min. Consols 98 1/2, pr. Juli 1/2. Weizen, geschäftsfähig, fest.
Liverpool, 10. Juni. 6000 Ballen Baumwolle zu festen Preisen umgesetzt.

(Die heute fällige Depesche aus Frankfurt a. M. ist noch nicht eingetroffen.)
Triest, 12. Juni. London 12, 29. Silber 28 1/2.
Turin, 8. Juni. Dem Vernehmen nach sollen die Erzbischöfe Franzoni und Maronini freundlich aufgeführt werden, ihren Posten zu entlassen, um die Schwierigkeiten mit Rom leichter zu begreifen. Eine Waffe von Gerüchten circulirt in Betreff von Rom eingetroffene Bullen und Noten. Mehrere Circularschreiben des päpstlichen Staatssekretärs Antonelli an kardinalische Bischöfe sollen mit Breslau belegt worden sein. — Die Debatte der Abgeordneten-Kammer über das Freihafenprivilegium von Genua dauert fort.
Florenz, 9. Juni. Der politisch verdächtige Marchese Bartolomei ist für ein halbes Jahr auf sein Landgut verwiesen worden.
Livorno, 8. Juni. Gestern ward das Haus eines Engländers im Beisein des britischen Consuls von Genuesen untersucht. Man versichert, wichtige politische Papiere entdeckt zu haben. Etliche Glieder der englischen Familie sind verhaftet worden.

Uebersicht.
Breslau, 13. Juni. Heute posierte Sr. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen nebst 33. R. G. H. den Prinzen Albrecht und Friedrich Wilhelm von Preußen auf ihrer Rückreise von Warschau nach Berlin unsere Stadt.
Der Ministerpräsident v. Manteuffel ist am 11. Juni wieder in Berlin eingetroffen und hatte am 12. Vortrag bei Sr. Majestät dem Könige. Am selben Tage empfing der Ministerpräsident eine Deputation Hamburger Kaufleute.
Der Preuss. General v. Thümen, Bundescommissar für Holstein, ist in Berlin eingetroffen und hat sich sofort zu Sr. Majestät begeben. Er wird unverzüglich die Reise nach Holstein fortsetzen.
Wir haben auch heute in der überrücklichen Zusammenstellung der Nachrichten über den Zusammentritt der Kreisstage und der Provinzial-Landtage fort.
Unsere heutige Berliner Correspondenz bezieht die Dankleistungen der reaktivierten Kreis- und Provinzial-Verreter, sowie das Verhältnis zwischen Preußen und Russland nach Berichten aus Warschau.
Die Berliner SS-Korrespondenz beleuchtet die bedeutende Frage: ob der Bundestag neuerdings die erste oder die zweite Sitzung gegeben habe? (Für so eben eingetroffene telegraphische Depesche bringt die wichtige Erklärung des preussischen Bundestagspräsidenten: dass er die früheren Beschlüsse nicht als Bundestags-Beschlüsse anerkennt, keine.)
Nach der Wst. Ztg. soll in Warschau festgestellt worden sein, dass von jetzt ab der Auslieferungsgesetz-Vertrag zwischen Preußen und Russland scharf gehandhabt werden solle.
Zu Danzig haben am ersten Pünktlichkeitstage kleine Straßenausläufe stattgefunden.
Zu Köln ist Büch. Metternich mit Plofen begrüßt worden.
Zu Frankfurt a. M. spricht man noch immer viel von Verhärterung der düssigen Befugnis und der zu Mainz. — Der nächste Gegenstand, mit welchem sich der Bundestag beschäftigen wird, soll die Feststellung der Geldmatrikel und die Vertheilung der Rückstände sein.
In Stuttgart erklären baubehördliche Organe, dass Würtemberg fest zu Oesterreich und Bayern halten werde.
Im Königreich Sachsen hat zu Rausch bei Stolpen eine sehr strenge Hausjüngling bei dem bekannten Dr. Schaffrath stattgefunden. (Der ausführliche Bericht (i. Deutschl.) enthält bemerkenswerthe Data.)
Am 11. Juni haben die Kammer zu Hannover wieder Sitzung gehalten, die jedoch von keinem besonderen Interesse war.
Die G. a. M. vom 8. Juni 7. Seite und 30 bis 40 Bewunderte gegeben hat. Die Oesterreicher halten noch mehrere Punkte Hamburgs hart fest, und haben Truppenverpflichtungen an sich gezogen. Der Senat hat deshalb Proteste nach Wien, Berlin und Frankfurt geschickt, und will den genannten Höfen durch besondere Botschaften die Vorfälle ausbegründen lassen.
Die Nat.-Ztg. meldet: dass neue österreichische Truppen (1 Regiment Infanterie, 1 Regiment Kavallerie und 1 Batterie) nach dem Norden Deutschlands rücken werden.

sein solle. — Man spricht noch immer von einer Veränderung des Kabinetts.
Berichte aus Lissabon melden, dass die Progressisten fast die ganze Civil-Verwaltung an sich gerissen haben; Salazar's Einfluss ist fast lediglich auf das Heer beschränkt.
Zu Freiburg in der Schweiz hat der Prozess gegen Carrard, den Anführer des Putsches in Freiburg, begonnen.
Am 11. Juni haben auch die Großfürsten Nikolaus und Michael mit ihren Adjutanten Warschau verlassen, um nach Petersburg zu reisen. Eben so ist der russische Gesandte v. Meyendorff (am Hofe zu Wien) von Warschau nach Wien abgereist.
Aus Wien meldet man: dass in allen österreichischen Kronländern die Nationalgarde aufgehoben werden solle. — Graf Rechberg soll österreichischer Internuntius bei der Pforte werden.

Preussen.
Breslau, 12. Juni. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Allerhöchstem Flügel-Adjutanten, Oberst-Lieutenant Grafen v. Blumenthal, den rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Küster und Lehrer Kuckow zu Büßow, Regierungs-Bezirk Frankfurt, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen. — Der Kolaborator an dem Gymnasium zu Reisse, Dr. Teuber, ist in die neuerte ordentliche Lehrstelle an dieser Anstalt befördert worden.
Das 18. Stück der Gesetz-Sammlung enthält unter Nr. 3397 das Statut des phthalammalgamirter Reichverbandes. Vom 30. April 1851; und unter Nr. 3398 das Gesetz wegen Anfertigung und Ausgabe neuer Kassen-Anweisungen. Vom 19. Mai 1851.

Angekommen: Sr. Excellenz der General-Lieutenant und Kommandeur der 9. Division, v. Thümen, von Warschau.
Abgereist: Der Fürst von Pless, nach Pless.
□ **Breslau, 12. Juni.** [Dankleistungen der Reaktivierten.] — Nachrichten aus Warschau. — Preußen und Russland. — Ob die Regierung hinsichtlich der Reaktivierung der alten Provinzial- und Kreisstände bereits einen festen Schlachtplan verfolgt, oder ob sie sich auch hier fürerst den schmerzlichen Wogen des Experimentes überlassen, möchte in diesem Augenblick noch nicht recht klar zu erkennen sein. Jedemfalls hat der Minister des Innern bereits das Bedürfnis gefühlt, die Verantwortlichkeit für den Entsch. vom 28. Mai nicht allein auf seine Schultern und auf sein spezielles Ressort zu nehmen. Durch indirekte Organe des Ministeriums wird daher seit einiger Zeit verbreitet, dass die Reaktivierung der Provinzial-Landtage allerdings ein Regierungsschritt sei, welcher dem gesammten Staats-Ministerium zur Beschlußnahme vorgelegen und auch von der vollen Verantwortlichkeit desselben getragen werde. Gleichzeitig werden aber schon hier und da Verwahrungen angedeutet, als ob es mit der Wiederberufung der alten Landtage schon auf einen vollständigen politischen Restaurationsakt oder auf eine Neutralisierung des konstitutionellen Verfassungswesens abgesehen sei. Die Maßregel scheint daher wie alles Uebrige an dieser ministeriellen Politik. Man wird sie zu weitestgehenden Zwecken benutzen, wenn es geht, und man wird sie wieder fallen lassen, wenn es nicht anders sein kann. In den entscheidenden Regierungen wollen die Strömungen dafür noch nicht recht zusammengehen. Das Ministerium selbst sieht sich bereits von den allerempfindlichsten Belegen umgeben, zu welchen auch die Dankleistungen einzelner Kreisstage, die sich ministerialertheilt wieder ins Leben gerufen seien, gehören. Die Neue Preuss. Ztg. bemüht sich natürlich sehr eifrig, diese Dankleistungs-Aktoren zu verbieten, durch welche man das Ministerium gewissermaßen beim Wort zu nehmen sucht und die Wiederherstellung Preußens „auf seine alten rechtschaffenen Grundlagen“ zum bestimmt ausgesprochenen Stichwort macht. Das Ministerium hat mit dem von ihm gethanen Schritt, wie man denselben auch deuten und deuten möge, an jene Partei ein Zugeständnis gemacht, das nicht folgenreicher sein konnte. Aber gleichwohl scheint es noch nicht zu allen Konsequenzen dieses Schrittes entschlossen. Es hat freilich schon jetzt ein ungeheures Stück Arbeit auf sich genommen, welches darin besteht, die erloschenen Mandate der Provinzialstände für fortbestehend und rechtsgültig zu erklären. Es ist dies die monströseste Aufgabe, zu der sich je ein Ministerium entschlossen haben kann. Wenn das Ministerium aber alle eigentlichen Reaktionspläne noch von sich ablehnen zu wollen scheint, so ist in der That nicht einzusehen, warum es sich überhaupt auf solche Wege begibt.
Kundige Nachrichten, die aus Warschau hierher gelangt sind, versichern, dass die spezielle Ausbildung des Verhältnisses zwischen Russland und Preußen im Wachsen begriffen und dass dadurch im Interesse Preußens eine Begrenzung der weiteren Absichten der österreichischen Politik entstanden sei. Man will dabei der Zusammenkunft des Prinzen von Preußen mit dem Kaiser von Russland einen wesentlichen Einfluss auf diese neue Normierung der Stellungen zuschreiben, durch die sich vornehmlich jetzt ergeben würde, dass Russland den österreichischen Gesamtstaats-Interessen keineswegs unbedingt huldigt, und dieselben am allerwenigsten für den notwendigen Einspruch zur Restauration der europäischen Politik hält. Wir haben nie geglaubt, dass der Eintritt Gesamt-Oesterreichs in den deutschen Bund gerade im Interesse der russischen Politik liegen könne. Aber das Petersburger Kabinet hat diesen Gedanken gehen lassen, weil es in ihm ein nützliches Instrument zur Zügelung der mitteleuropäischen Volkswanderungen erkannte. Es denkt aber diese österreichischen Absichten schwerlich im Konflikt mit der europäischen Diplomatie zu fördern. Preußen ist durch die Art und Weise seines Rücktritts in den Frankfurter Bundestag hinlänglich gedemüthigt und in seinen nationalen und politischen Ideen korrumpiert. Es kann dem Kaiser von Russland jetzt nur darauf ankommen, das Verhältniß zwischen Oesterreich und Preußen als ein befriedigendes wiederherzustellen. Preußen wird vielleicht jetzt auf einige Zugeständnisse rechnen können, nachdem es selbst alles Mögliche und Denkbare zugestanden hat.

□ **Breslau, 12. Juni.** [Ob der Bundestag die erste oder neunte Sitzung gehalten?] Es ist geschrieben, wie es scheint, dass wir in Deutschland die großen Fragen niemals von kleinen, untergeordneten Rücksichten entfernt halten können. Man gebe die Geschichte seit 1848 durch und man wird diese Thatsache bestätigt finden. Es kommt dies daher, dass es uns an Staatsmännern gefehlt, welche der großen Zeit gewachsen waren. Wo die Thatsache zu großen Akten steht, da stellt sich die Kleinigkeitstüchtigkeit ein; man sucht in kleinen Dingen sich zu sein und bringt es zuletzt wirklich so weit, dass die Möglichkeit, etwas zu thun, nur noch für das Kleine übrig bleibt. Nachdem es gelungen war, die deutschen Einheitsbestrebungen auf den engen Heerd der Dresdener Konferenzen zu concentriren, haben wir eine ohnmächtige Diplomatie Monate lang sich um die Zahl der Stimmen im Plenum und engem Rath herumstreifen. Die deutsche Frage war ein arithmetisches Rechenexempel geworden. In Dresden wurde es trotzdem nicht gelöst. Nun liegt es der Frankfurter Bundestags-Versammlung vor. Da beginnt eine überaus erhebende Debatte in der Presse über die hochwichtige Frage, ob der Bundestag bei dem Eintritt der reaktivierten Regierungen seine erste Sitzung gehalten, oder ob die Sitzungen des auf den Ruf Oesterreichs erschienenen Rumpfbundestages jetzt zu rechnen seien. Die österreichischen Organe stellen die letztere Behauptung auf, und sind dabei, wie wir glauben, im Recht. Es wäre eigentümlich, wenn die preussische Regierung, die um mit der Revolution zu brechen, so viel geäußert hat, jetzt den Krieg machen wollte, um die Bundestags-Sitzungen vom September 1850 bis April 1851 formell zu devalidiren. Man stellt dem nun zwar entgegen, ein Anerkennung jener Sitzungen sei auch ein indirektes Anerkennung der Bundesbeschlüsse wegen Offen und Holsheim. Wir sehen darin aber gar nichts Außerordentliches. Die Exekution in dessen ist vollstreckt, Preußen hat sie nicht gehindert, wozu also Anstand nehmen, das Protokoll darüber zu unterzeichnen? Dürfte mit den Revolutionären in Schlafrock und Pantoffeln anders verfahren werden, als Oesterreich und Bayern gethan? Im Gegentheil, es ist sehr übel, dass Preußen an dieser Ehre keinen Theil hat, und es ist das Mindeste, dass es wenigstens seinen Namen unter das Protokoll setzt. Was Holsheim betrifft, so ist noch viel weniger Ursache für Preußen, die Bundesbeschlüsse nicht zu unterzeichnen. Die Instruktion, welche der Bundestag Hrn. v. Hammerstein geben wollte, ist den Rechten der Herzogthümer bei Weitem günstiger, als das seitliche Wirken der österreichischen preussischen Kommissarien. Wenn nun durch das nachträgliche Unterzeichnen des betreffenden Protokolls die früheren Intentionen des Bundestages wieder zur Geltung gebracht werden könnten, warum sollte das preussische Ministerium dies verweigern? Hat es doch anerkannt, dass die holländische Bewegung etwas mehr als Revolution in Schlafrock und Pantoffeln ist! Wir ermahnen daher die zu eifrigen Organe, sich zu beruhigen. Ob der Bundestag die erste oder neunte Sitzung gehalten, weder Deutschland noch Preußen verlieren etwas dabei. Man fürchtet, dass das preussische Ministerium heute anerkenne, was es vor einem Jahre als ungeschicklich verwarf? „Il n'y a que le premier pas qui coûte“, sagt das Sprichwort. — Der Kaiser von Russland kommt nicht nach Berlin, so melden heute die Zeitungsträger. Ihr Correspondent hat nicht nötig, sich selbst hierbei zu betheiligen, da er niemals an diesen Besuch geglaubt und deswegen die betreffenden Gerüchte mit Stillschweigen übergehen hat. — Noch einige Lokalnützen zum Schluss. Der Gemeinderath hat heute die Wahlen für die noch fehlenden zwei besetzten Stadtrathsstellen vollzogen. Gewählt wurden Assessor Gilot von hier und Herr Pohle, bisheriger Bürgermeister in Neustadt-Eberwalde. — Das Projekt eines hiesigen Kaufmanns, auf dem Köpenicker Fährde eine großartige Gewerbetätte zu errichten und dorthin auch den Wollmarkt zu verlegen, ist vom Gemeinderath abgelehnt worden.

□ **Breslau, 12. Juni.** [Provinzial-Landtage.] Der k. k. Ztg. wird von hier geschrieben: „Die Potsdamer Regierung hat mit Hinweisung auf die Verfassung, einstimmig erklärt, dass sie ihre Mitwirkung zur Einberufung der Provinzialstände versagen müsse. Man vermuthet, dass der Minister des Innern nun die Regierung umgehen und die Einberufung durch einen besondern Kommissar vornehmen, vorläufig aber die Sache ruhen lassen wird, bis Graf Arnim von seiner Reise zurückgekehrt ist.“

Die Nat.-Ztg. berichtet: „Den Zusammentritt der Provinzial-Landtage glaubt man ziemlich allgemein als nahe bevorstehend ansehen zu können. Es sollen aber die beschaffigen Vorarbeiten noch ziemlich weit im Rückstand und zum größeren Theile noch nicht einmal die hierauf bezüglichen Berichte der Oberpräsidenten im Ministerium eingegangen sein. Das Reskript vom 28. Mai sagt ausdrücklich: „demgemäß sind, bevor der Termin zur Einberufung der Provinzial-Landtage bestimmt wird, in den verschiedenen Provinzen von den Herren Oberpräsidenten schleunigst die erforderlichen Vorarbeiten zu treffen, theils um die einzuberufenden Mitglieder und die Maßregeln zur Ergänzung derselben zu konstatiren, theils um die der Thätigkeit der Versammlung zu unterbreitenden Gegenstände aufzustellen und zur Mittheilung und Vorlage an dieselben geeignet zu machen.“ Da offenbar so ausgedehnte Vorarbeiten nicht innerhalb eines halben Monats zu erledigen sind, so hat es wenigstens die Wahrscheinlichkeit für sich, wenn wir hören, dass der wirkliche Zusammentritt nicht vor dem Monat August zu erwarten steht. Es wird hinzugefügt, dass hier die Absicht vorwalte, die sämmtlichen acht Provinzial-Landtage gleichzeitig zusammenzuberufen. Die Hoffnung, dass die allgemeine Bestimmung, welche das Ministerialreskript vom 28. Mai im Lande hervorgerufen hat, etwa noch die wirkliche Ausführung desselben hindertreiben werde, soll eine vollständig unbegründete sein.“

Auswärtige Blätter (auch die Bresl. Ztg.) melden, dass in der Provinz Posen die Wiederherstellung der Provinzial-Landtage Freude hervorgebracht habe. Hier im Ministerium beschäftigt man aber, wie die Nat.-Ztg. vernimmt, auch diese Freude über das Ministerialreskript zu trüben. Der Art. 73 der Kreis-, Bezirks- und Provinzial-Ordnung soll nämlich entsprechende Anhaltspunkte bieten, um die wahrscheinliche antiministerielle Majorität der positiven Provinzial-Landtage zu besitzigen. Dieser Artikel bestimmt: „Die Anordnung darüber, wann und in welcher Weise die Bestimmungen dieses Gesetzes in Beziehung auf die danach zu bildenden Kreis- und Provinzial-Verretung in der Provinz Posen zur Ausführung gelangen, wird durch ein besonderes Gesetz erfolgen, nachdem die Verhältnisse dieser Provinz mit Rücksicht auf die Demarkationslinie der

finitiv geregelt sein werden.“ Dieser Zeitpunkt ist noch nicht eingetreten, und so hat man sich denn, wie wir hören, im Ministerium entschlossen, den bisherigen positiven Provinzial-Landtag zwar in seiner bisherigen Zusammensetzung als interimistische Provinzial-Verretung einzuberufen, demselben aber eine Anzahl vom Ministerium ernannter Mitglieder hinzuzutreten zu lassen, damit so eine Majorität im Sinne des Ministeriums geschaffen werde.

[Zur Geschichte der Kreisverretung] bringt das C. B. folgenden neuen Beitrag: „In Verbindung mit der erfolgten Reaktivierung der älteren Kreisverretung verdient der Umstand beachtet zu werden, dass in Betreff des gesetzlichen Fortbestandes der sogenannten Konvente, welche für einzelne Zweige der ständischen Wirksamkeit nach der älteren Verfassung gebildet wurden, auf geforderte Anfrage der Minister des Innern entschieden hat, dass die Regularien über deren Bildung und Befugnisse durch die §§ 2 und 66 der Kreis- und Bezirks-Ordnung vom 11. März v. J. nicht für aufgehoben zu erachten seien. Diesen Konventen obliegt namentlich die Verwaltung derjenigen Korporations-Fonds, welche nach ihrem Ursprunge nur einem oder zweien, in der Regel dem ersten und dritten Stande der Kreisverretung zugehören, und an welchen den Städten kein Anspruch zusteht.“

[Zur Vervollständigung] bringt das C. B. folgende Mittheilung: „Die in der N. Preuss. Ztg. (nach dieser auch in der Bresl. Ztg.) erwähnte Denkschrift des Justizraths Wendts über die Umwandlung der Familienfideikomnisse in freies Eigentum, — nur diese, nicht die Lehen werden in dieser Denkschrift behandelt, — verweist allerdings die Aufhebung gegen Entschädigung und beschränkt den Vorbehalt der Succession lediglich auf lebende Anwärter, d. h. auf solche, welche entweder zur Zeit der Verkündung des zu erlassenden Gesetzes schon geboren sind, oder innerhalb der Conceptionszeit nach diesem Zeitpunkt geboren werden, und zwar nur für ihre Person. Von dieser für die Ordnung der Verhältnisse aufgestellten Regel werden mehrere Ausnahmen gemacht und zur Erwägung gestellt. Der am Schlusse der Notiz der N. Pr. Ztg. hervorgehobene Fall betrifft nur eine einzelne von den mehreren Ausnahmen, die in der Denkschrift aus Billigkeitsrücksichten zur Beachtung empfohlen sind. Uebrigens deutet die Denkschrift auf ein Verfahren hin, nach welchem das zu erlassende Gesetz lediglich die Umgestaltung einzuleiten und die völlige Auflösung des Verbandes zu erleichtern, das Urtheil über die angemessenste Weise der Abwicklung der gegenwärtigen Verhältnisse aber den beteiligten Familien zu überlassen haben würde, etwa in der Art, dass die Verkündung der Anordnung als der Zeitpunkt der beginnenden Umgestaltung fixirt, demnach allen Familiengliedern, welche erst nach dieser Verkündung erzeugt werden, der Anspruch auf Berücksichtigung bei der Umgestaltung abgesprochen und den lebenden Familiengliedern die Befugnis zur Verfügung über das Fideikommiss ohne Rücksicht auf jetzt noch nicht erzeugte nasciturus eingeräumt, die weitere Bestimmung über das Verhältniß der lebenden Mitglieder aber für die Familien, die sich inzwischen nicht vertragmäßig über die Aufhebung des Verbandes geeinigt haben möchten, einem befondern, später zu erlassenden Gesetze vorbehalten würde.“

Breslau, 12. Juni. [Tages-Chronik.] Der Ministerpräsident Febr. v. Manteuffel ist gestern Abend 8 1/2 Uhr wieder hier eingetroffen. Heute Nachmittag um 5 Uhr wird sich derselbe nach Sanssouci begeben, um Sr. Maj. dem Könige Vortrag zu halten.

Der Ministerpräsident empfing heute eine kaufmännische Deputation, bestehend aus den Herren Rosi und Heugreaves aus Hamburg. Beide Herren sind als thätige Freihändler bekannt.

Heute Nacht traf mit der nieder-schlesisch-märkischen Eisenbahn, von Warschau kommend, Sr. Excellenz der Königl. Kommissar für das Herzogthum Holstein und Kommandeur der 9. Division, Generalleut. v. Thümen, hier ein. Derselbe begab sich Nachmittags nach Potsdam zu Sr. Majestät dem Könige und beabsichtigt morgen früh seine Rückreise nach Kiel anzutreten.

(Nr. 3.)
Nach der Wst. Ztg. würde in Folge der Warschauer Besprechungen der zwischen Preußen und Russland bestehende Auslieferungungsvertrag in Zukunft mit „größerer Schärfe“ als bisher gehandhabt zur Ausführung kommen.
Die Nat.-Ztg. berichtet: „Während bisher viel von dem bevorstehenden Rückmarsch der österreichischen Truppen aus dem Norden gesprochen wurde — noch die gestrigen Zeitungen brachten Notizen darüber — scheint es fast, als seien die traurigen Vorgänge in Hamburg dazu bestimmt, einen Vorwand für eine Verstärkung des in und um Hamburg stehenden Korps abzugeben. Aus einer völlig zuverlässigen Quelle wird uns berichtet, dass bei der Direktion der teppichmagdeburger Eisenbahn-Gesellschaft bereits von einem 1. Regiment österreichischer Infanterie, 900 Mann Kavallerie, jedoch nur mit 350 Pferden, und 1 Batterie Artillerie zur Beförderung nach dem Norden angestellt worden sind.“

□ **Posen, 12. Juni.** [Ärztliche Industrie.] Es kann wohl nicht leicht ein größeres Mißverhältniß stattfinden, als augenblicklich zwischen dem Gesundheitszustand der Stadt und der Anzahl unserer Aerzte; von mehreren läßt sich ohne der Wahrheit in Behandlung haben, und die größte Zahl würde seiner paar Kranken wegen erst gar nicht den Wagen bespannen lassen, wenn der Arzt nicht des lieben Scheins wegen gezwungen wäre, zweimal des Tages eilend die Straßen der Stadt zu durchfahren, als hänge an jeder Minute Aufenthalt das Leben eines Patienten. Wenn aber auch die gegenwärtige allgemeine Geschäftslosigkeit in dem Mangel an Kranken liegt, so ist dennoch ein Theil unserer Aerzte Jahr aus Jahr ein überhaupt in dem Fall, ohne auskömmliche Praxis zu sein, weil die Zahl derselben im Verhältniß zur Bevölkerung der Stadt viel zu groß ist, selbst wenn man diejenigen abrechnet, die regelmäßig keine Praxis haben, weil ihnen das Vertrauen des Publikums fehlt. So haben eine große Anzahl angefangen, ihren Kollegen auf eine sehr eigenthümliche Weise Konkurrenz zu machen, indem sie mit sogenannten Faktoren und andern Personen, die ihr Geschäft viel mit dem

